

Deutschlandradio

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Sechster Tätigkeitsbericht

des Beauftragten für den Datenschutz

(Berichtszeitraum 1. Oktober 2003 - 30. September 2005)

Inhaltsverzeichnis

A.	Vorbemerkung.....	4
B.	Aufgaben und Stellung des Beauftragten für den Datenschutz im Deutschland radio.....	4
C.	Entwicklung des Datenschutzrechts.....	6
I.	Europäische Union.....	6
II.	Bundesrecht.....	6
1.	Bundesdatenschutzgesetz.....	6
2.	Telekommunikationsgesetz.....	6
3.	Urteil des BVerfG zum großen Lauschangriff.....	7
D.	Datenschutz beim Deutschlandradio.....	7
I.	Ausstattung mit eigenen finanziellen Mitteln.....	7
II.	Veröffentlichung des Datenschutzberichts.....	8
III.	Aktuelle Vorgänge im Berichtszeitraum.....	8
1.	MS Office Produkte.....	8
a)	Umstellung Windows NT - XP.....	8
b)	Einzelne Funktionen von Outlook und Word.....	9
2.	Dienstvereinbarung Internet.....	9
a)	Private Nutzung des Internets.....	9
b)	Filterung eingehender Mails.....	10
3.	Videoüberwachung.....	10
4.	Elektronische Schließzylinder.....	12
5.	Briefrückläufe Abteilung Honorare und Lizenzen.....	12
6.	Datenschutzerklärungen im Internet.....	13
7.	IT-Studie.....	13
8.	timeBase.....	13
E.	Datenschutz bei der GEZ.....	14
F.	Informationsaustausch.....	15

I.	KIT-Sitzungen	15
II.	AK-DSB	15
III.	Art. 29 Gruppe.....	16
G.	Schlussbemerkungen	16

A. Vorbemerkung

Der Beauftragte für den Datenschutz erstattet nach § 18 Abs. 7 des Staatsvertrages über die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“ (Deutschlandradio-Staatsvertrag – DLR-StV –) dem Verwaltungsrat alle zwei Jahre einen Bericht über seine Tätigkeit.

Der sechste Tätigkeitsbericht schließt an den fünften Bericht für den Zeitraum vom 1. Oktober 2003 bis 30. September 2005 an.

In dem vorliegenden Bericht werden allgemeine Entwicklungen des Datenschutzes sowie datenschutzrechtlich relevante Veränderungen und Problemstellungen innerhalb des Deutschlandradio während des Berichtszeitraums dargestellt. Förmliche Beanstandungen, die in dem Verfahren nach § 18 Abs. 5 DLR-StV hätten bearbeitet werden müssen (Beanstandung beim Intendanten und gleichzeitige Unterrichtung des Verwaltungsrats), waren im Berichtszeitraum nicht auszusprechen.

Ich wurde in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.11.2002 mit Wirkung ab dem 1.12.2002 für vier Jahre zum Beauftragten für den Datenschutz des Deutschlandradio bestellt. Ich nehme die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten neben meiner Beschäftigung im Justitiariat des Deutschlandradio wahr.

B. Aufgaben und Stellung des Beauftragten für den Datenschutz im Deutschlandradio

Nach § 18 Abs. 3 DLR-StV überwacht der Beauftragte für den Datenschutz die Einhaltung der Datenschutzvorschriften des Deutschlandradio-Staatsvertrages, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und anderer Vorschriften über den Datenschutz bei der gesamten Tätigkeit der Körperschaft.

Aufgrund § 17 DLR-StV gilt das BDSG bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu eigenen journalistischen oder literarischen Zwecken nur eingeschränkt in Bezug auf das Datengeheimnis und die Datensicherung (sog. „Medienprivileg“). Diese eingeschränkte Geltung hat ihren Hintergrund in der grundgesetzlich geschützten Presse- und Rundfunkfreiheit und soll die redaktionelle Sammlung von

personenbezogenen Daten ermöglichen. Soweit die Rundfunkanstalten dagegen personenbezogene Daten von Rundfunkteilnehmerinnen und -teilnehmern oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Verwaltungszwecke verarbeiten, unterliegen sie in vollem Umfang den Bestimmungen der Datenschutzgesetze, hier dem BDSG.

In Ausübung seines Amtes ist der Beauftragte für den Datenschutz nach § 18 Abs. 2 DLR-StV unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er untersteht der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates. Nach § 16 DLR-StV sind die Vorschriften des BDSG entsprechend anzuwenden. Gemäß § 16 DLR-StV i.V.m. § 4g BDSG und § 18 DLR-StV ergeben sich folgende Aufgaben:

- Kontrolle aller Bereiche, die personenbezogene Daten verarbeiten,
- Mitwirkung bei der Planung von Vorhaben, die der automatisierten Verarbeitung von Daten dienen,
- Schulung von Mitarbeitern im Bereich Datenschutz,
- Beanstandung von Verstößen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten bei dem Intendanten, verbunden mit der Aufforderung zur Behebung der Mängel,
- Untersuchung von Beanstandungen von betroffenen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern bzw. Dritter.

Der Aufgabenkatalog verdeutlicht, dass der Beauftragte für den Datenschutz an die Stelle eines staatlichen Datenschutzbeauftragten tritt. Er prüft, ob die betrieblich Verantwortlichen die Bestimmungen des Datenschutzes beachten und leistet Hilfestellung. Er nimmt nicht die Aufgaben eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten i.S.d. § 4f BDSG wahr. Es gehört daher nicht zu seinen Aufgaben, für die betriebsinterne Organisation des Datenschutzes und für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen zu sorgen. Diese Aufgabe obliegt vielmehr dem Intendanten als oberstem Dienstherrn bzw. den von ihm beauftragten Personen bzw Stellen.

C. Entwicklung des Datenschutzrechts

Im Folgenden soll ein kurzer allgemeiner Überblick über Entwicklungen im Bereich des Datenschutzrechts im Berichtszeitraum gegeben werden.

I. Europäische Union

Am 29.10.2004 haben die Staats- und Regierungschefs der EU- Mitgliedsstaaten den Vertrag über eine Europäische Verfassung unterzeichnet. Anders als im Grundgesetz enthält die in der Verfassung enthaltene Charta der Grundrechte (Artikel 50) die ausdrückliche Regelung eines Rechts auf Schutz personenbezogener Daten. Diese ausdrückliche Anerkennung der Schutzes persönlicher Daten ist begrüßenswert. Bekanntlich gilt die Europäische Verfassung allerdings vorerst als gescheitert, nachdem in mehreren Staaten Volksabstimmungen nicht die erforderliche Mehrheit erbracht hatten.

II. Bundesrecht

1. Bundesdatenschutzgesetz

Wie schon im letzten Bericht erwähnt, hatte das Bundesinnenministerium an sich für diese Legislaturperiode eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes angestrebt. Allerdings ist es seit dem zu keinen bemerkbaren Aktivitäten in diese Richtung gekommen. Man wird sehen müssen, ob das Thema von der kommenden Bundesregierung überhaupt wieder auf die Agenda gesetzt wird.

2. Telekommunikationsgesetz

Im Frühjahr 2004 ist das Telekommunikationsgesetz (TKG) grundlegend geändert worden. Dies war aufgrund des Umsetzungsbedürfnisses europäischen Rechts erforderlich geworden. Das TKG enthält nun einen eigenen Teil zum Datenschutz (§§ 91-107), weshalb die Telekommunikations-Datenschutzverordnung wieder entfallen konnte. Ansonsten lagen die inhaltlichen Schwerpunkte der Novellierung bei der Neuordnung der Marktregulierung. Aus Sicht des Datenschutzes ist zu bedauern, dass es nunmehr eine gesetzliche Pflicht gibt, Kundendaten bei der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen zu speichern, auch wenn das für die Vertragsabwicklung nicht erforderlich ist. Dies gilt insbesondere für sog. Prepaidkarten im

Mobilfunkbereich. Die Daten dienen allein den Sicherheitsbehörden. Eine Ausnahme für die Medien gibt es nicht. Dadurch ist der Informantenschutz gefährdet, weil sich dadurch ein Zusammenhang zwischen den ohnehin gespeicherten Verbindungsdaten und bestimmten Personen herstellen lässt, auch wenn diese sich einer Prepaidkarte bedienen.

3. Urteil des BVerfG zum großen Lauschangriff

Am 3.3.2004 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass wesentliche Teile der Vorschriften in der Strafprozessordnung (StPO) zur Durchführung der akustischen Überwachung von Wohnraum zu Zwecken der Strafverfolgung verfassungswidrig sind. Besondere Anforderungen gelten insbesondere, wenn die Gefahr besteht, dass mit der Überwachungsmaßnahme Gespräche höchstpersönlichen Inhalts erfasst werden könnten. So muss die Überwachung in Situationen von vornherein unterbleiben, in denen Anhaltspunkte bestehen, dass die Menschenwürde durch die Maßnahme verletzt wird. Führt die Überwachung unerwartet zur Erhebung von absolut geschützten Informationen, muss sie abgebrochen werden und die Aufzeichnungen müssen gelöscht werden; jede Verwendung solcher im Rahmen der Strafverfolgung erhobener absolut geschützter Daten ist ausgeschlossen.

Am 1.7.2005 ist ein Gesetz in Kraft getreten, das sich bemüht, die Vorgaben des BVerfG umzusetzen.

D. Datenschutz beim Deutschlandradio

I. Ausstattung mit eigenen finanziellen Mitteln

Seit dem Wirtschaftsjahr 2005 verfügt der Datenschutzbeauftragte über ein eigenes bescheidenes Budget, aus dem die für sein Amt anfallenden Kosten für z.B. Reisen, externe Beratungen und Literatur abgedeckt werden können. Diese Ausstattung mit eigenen Mitteln trägt der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten, wie sie durch den Staatsvertrag vorgegeben ist, Rechnung.

II. Veröffentlichung des Datenschutzberichts

Durch ein Schreiben der Europäische Kommission wurde ich im Juli 2005 auf eine Beschwerde aufmerksam gemacht, die der Kommission vorliegt. Sie bezieht sich auf die Vereinbarkeit der deutschen Vorschriften und der Praxis über die Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz mit dem Gemeinschaftsrecht. In Frage steht die fehlerhafte Umsetzung des Art. 28 Abs. 5 S. 2 der Datenschutzrichtlinie. Danach sind die zu erstattenden Datenschutzberichte zu veröffentlichen. Nach Auffassung des Beschwerdeführers, zu der auch die Kommission neigt, werden die deutschen Rundfunkgesetze bzw. Staatsverträge der Pflicht zur Veröffentlichung nicht gerecht, soweit der Datenschutzbericht nur dem Rundfunk- bzw. Hörfunkrat oder wie im Falle des Deutschlandradio sogar nur dem Verwaltungsrat gegenüber zu erstatten ist. Bei diesen Gremien handele es sich nicht um „Öffentlichkeit“. Nach Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die ebenfalls angeschrieben worden waren, habe ich der Kommission mitgeteilt, dass ab sofort die Datenschutzberichte im Internetangebot des Deutschlandradio veröffentlicht werden.

III. Aktuelle Vorgänge im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum war der Datenschutzbeauftragte mit einer Vielzahl von Einzelvorgängen befasst, die in Anfragen zum Datenschutz, in Kontrollen bereits bestehender datenschutzrelevanter Abläufe und auch in der Beteiligung in der Planungsphase solcher Vorgänge bestanden. Einzelne Vorgänge sollen im Folgenden kurz angesprochen werden.

1. MS Office Produkte

a) Umstellung Windows NT - XP

Im Berichtszeitraum sind alle Arbeitsplatzrechner beider Funkhäuser von Windows NT auf Windows XP umgestellt worden. Die Umstellung insbesondere auf die darauf aufbauenden Anwendungen wie Outlook, Excel und Word verlief ohne wesentliche Probleme. Begrüßenswert ist, dass nach der Umstellung die Betriebsprobleme, wie etwa Abstürze, die zu Datenverlust führen können, offenbar wesentlich seltener geworden sind.

b) Einzelne Funktionen von Outlook und Word

Aus dem Mitarbeiterkreis erreichten mich u.a. Anfragen, ob die Lesebestätigung bei E-Mails, die der Versender der Mail anfordern kann, nicht datenschutzrechtlich problematisch sei. Dies ist im Ausgangspunkt zu bejahen. Allerdings gab es schon bisher einfache Umgehungsmethoden. Unter Windows XP kann zudem der Empfänger generell oder im Einzelfall entscheiden, ob er eine Lesebestätigung versenden möchte.

Es wurde die Funktion kritisiert, die es unter Word ermöglicht, Veränderungen des Textes nach zu verfolgen. Dabei kann tatsächlich auch gesehen werden, welcher Benutzer eines Textes, welche Veränderungen vorgenommen hat. Es handelt sich dabei allerdings nicht um eine „geheime“ Funktion, sondern um eine außerordentliche nützliches Hilfsmittel, das im Geschäftsverkehr tägliche Verwendung findet. Mit der o.g. Gefahr ist letztlich ein typisches Phänomen beschrieben, das daraus resultiert, dass Programme für den Endnutzer immer größere Möglichkeiten bieten, die jede für sich sinnvoll sein mag, aber vom Nutzer nicht mehr in jeder Einzelheit übersehen werden können.

2. Dienstvereinbarung Internet

a) Private Nutzung des Internets

Das Internet unter Einschluss seiner E-Mailfunktion ist für viele Mitarbeiter längst ein nicht mehr wegzudenkendes Hilfsmittel bei der täglichen Arbeit geworden. Es bietet aber auch zahllose Möglichkeiten und Anreize zur privaten Nutzung. Im Deutschlandradio existierte bislang keine unzweifelhafte Regelung zur privaten Nutzung. Sie fand aber wohl vielerorts tatsächlich statt.

Im Sommer 2005 wurde mit dem Personalrat unter meiner Beteiligung eine Dienstvereinbarung zur Nutzung von Internet und E-Mail abgeschlossen. Diese stellt klare Regeln für die private Nutzung des Internets auf, die nunmehr in engen Grenzen erlaubt wird. Der einzelne Mitarbeiter muss den Regelungen schriftlich zustimmen. Andernfalls ist die private Nutzung untersagt. Die dienstliche Nutzung ist hiervon nicht betroffen. Damit existieren nun für jeden Mitarbeiter klare Regeln darüber, was

von Seiten des Hauses akzeptiert wird und was nicht. Eine Vielzahl sicherheitsrelevanter Aktivitäten im Internet sind nunmehr ausdrücklich verboten. Durch sie kann es z.B. zum Einschleppen von Viren und ähnlichen Schadprogrammen oder zu einer Überlastung des Netzwerks, z.B. durch die automatische Weiterleitung aller E-Mails an ein privates Postfach kommen.

Die Dienstvereinbarung schreibt fest, welche Protokolldaten aufgezeichnet und gespeichert und nach welchem Verfahren sie genutzt werden dürfen.

b) Filterung eingehender Mails

Anlass des Abschlusses der vorgenannten Dienstvereinbarung war das massenhafte Auftreten von unerwünschten Mails gewesen (Spams), das bei verschiedenen Nutzern täglich bis an den dreistelligen Bereich heranreichte. Durch diese Spam-Mails wird nicht nur wertvolle Arbeitszeit beim Löschen verschwendet, sondern sie können wiederum ebenfalls ein Sicherheitsrisiko sein.

Von verschiedenen kommerziellen Anbietern gibt es Programme, die eingehende Mails auf Merkmale filtern, die dafür sprechen, dass es sich um Spams handelt. Die Zahl der tatsächlich dem Empfänger zugestellten Mails kann dadurch erheblich verringert werden. Wenn allerdings die private Nutzung von E-Mails - und sei es in untergeordnetem Maße - zulässig ist, gilt für die Körperschaft das Fernmeldegeheimnis. Das verbietet es - auch mittels automatisierter Verfahren -, eingehende E-Mails inhaltlich zu scannen, wie das bei der Suche etwa nach Schlüsselwörtern der Fall ist. Anderes gilt nur, wenn der Empfänger dem Filtern zugestimmt hat. Dies nun wird durch die Dienstvereinbarung erreicht. Wer erklärt, er wolle das Internet auch privat nutzen, erkennt die dafür aufgestellten Regeln an, zu denen auch das Filtern der Mails gehört. Wer dies nicht akzeptiert, darf das Internet auch nicht privat nutzen, und muss deshalb hinnehmen, dass seine Mails ebenfalls gefiltert werden.

3. Videoüberwachung

Im Berichtszeitraum ist eine neue temporäre Videoüberwachungsanlage installiert worden. Es handelt sich dabei um eine sog. Web-Cam, die im Innenhof des Berliner Funkhauses auf die Baustelle des Hörspielstudios gerichtet ist. Sie dient anders als

die bisher eingerichteten Anlagen nicht dem Objektschutz, sondern soll den zuständigen Mitarbeitern der Betriebsverwaltung eine einfache Kontrolle des Fortgangs der Arbeiten auf der Baustelle ermöglichen. Von den Aufnahmen werden keine Aufzeichnungen angefertigt. Die Web-Cam wird nach Ende der Bauarbeiten wieder außer Betrieb genommen. Ich wurde vor Einrichtung der Kamera konsultiert.

Der Nutzwert der bisher schon bestehenden Kameras hat sich über ihren ggf. abschreckenden Charakter hinaus bisher in keinem Fall erwiesen. In mehreren Fällen ist die Aufzeichnung, die von einzelnen Kameras gemacht wurde, eingesehen worden. Anlass war jeweils, dass von Seiten des Betreibers angenommen wurde, dass sich aus den Aufzeichnungen Hinweise auf den Täter von Straftaten ergeben würden. Solche Erkenntnisse konnten jedoch im Berichtszeitraum in keinem Fall gewonnen werden, sei es weil die Kamera unbemerkt verstellt worden war, sei es dass die Aufnahmequalität so schlecht war, dass eine als möglicher Täter eines Diebstahls in Betracht kommende Person nicht identifizierbar war.

Anfangs bin ich nicht in jedem Fall so rechtzeitig über die Sichtung der Aufzeichnungen informiert worden, dass ich hierzu eine Stellungnahme hätte abgeben oder selbst daran teilnehmen können.

Aus Anlass einer der Sichtungen einer Aufzeichnung, an der ich selbst teilgenommen habe, konnte ich mich davon überzeugen, dass die dabei gewonnenen Daten hinreichend gegen Zugriff von Unbefugten gesichert sind.

Im Rahmen der vorgenommenen Kontrollen wurde festgestellt, dass die Aufbewahrungsdauer von Aufzeichnungen im Kölner Funkhaus erheblich über das zulässige Maß hinausgehen. Nunmehr ist das System so eingerichtet, dass Aufnahmen je nach Datenanfall nach spätestens 7 Tagen überschrieben werden. Eine solche Aufzeichnungsdauer dürfte angesichts des Zwecks der Aufzeichnung gerade noch zulässig sein.

Die Nutzung der Videoüberwachung bleibt weiter kritisch zu hinterfragen und es ist im Einzelfall eine Abwägung zwischen den betroffenen Rechtsgütern erforderlich.

Insbesondere erscheint die Einrichtung einer Videoüberwachung nur dort angemessen, wo es um die Abwehr von über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehenden Gefahren für wesentliche Rechtsgüter geht. Die mögliche Absicht, das Eigentum der Körperschaft oder ihrer Mitarbeiter gegen jede ihm auch sonst jederzeit drohende Gefahr, wie etwa einfache Sachbeschädigungen o.ä. zu schützen, rechtfertigt jedenfalls nicht den Einsatz umfassender Videoaufzeichnungen.

4. Elektronische Schließzylinder

In einigen Türen zu sensiblen Räumen beider Funkhäuser befinden sich elektronische Schließzylinder. Diese zeichnen die Betätigung (Öffnen und Schließen), die Schlüsselidentifikation und die Uhrzeit auf. Der Einsatz ist durch Dienstvereinbarungen geregelt. In wenigen Fällen wurden, im Berichtszeitraum die Schließzylinder, nachdem ich darüber zuvor informiert worden war, ausgelesen. Die Auslesung diente dazu Hinweise auf den Täter einer Straftat zu sammeln. In zwei Fällen konnte der mögliche Täterkreis dadurch eingegrenzt werden.

5. Briefrückläufe Abteilung Honorare und Lizenzen

Von der Abteilung Honorare und Lizenzen werden jeden Monat in großer Zahl Abrechnungen und andere persönliche Angaben enthaltende Schreiben an die freien Mitarbeiter außerhalb des Hauses versandt. Dabei handelt es sich auch um Personen, die nicht ständig für das Deutschlandradio tätig sind. So kommt es zuweilen vor, dass die Adresse dieser Personen nicht mehr aktuell ist und das Schreiben daher zurückkommt. Bisher hatte die Abteilung eigene Briefumschläge, auf der auch die Abteilung als Absender genannt war. Nach der Umgestaltung des Corporate Design im Frühjahr 2005 gibt es solche Briefumschläge aus Kostengründen und Gründen der Einheitlichkeit nicht mehr. Dadurch entsteht das Problem, dass in der Poststelle nicht mehr von außen erkennbar ist, welche Abteilung einen unzustellbaren Brief verschickt hat. Die Poststelle muss das Schreiben öffnen und die Mitarbeiter können so unfreiwillig von personenbezogenen Daten des jeweiligen freien Mitarbeiters Kenntnis erlangen.

Ich habe vorgeschlagen, dass die Abteilung Honorare und Lizenzen durch ein Zeichen im Briefumschlagsfenster kenntlich macht, dass das Schreiben von ihr

stammt. Dadurch kann die Poststelle den zurückkommenden Brief ungeöffnet an sie weitergeben.

6. Datenschutzerklärungen im Internet

Bisher befand sich im Internetauftritt des Deutschlandradio keine Datenschutzerklärung. Auf meinen Vorschlag ist eine solche nunmehr unter dem Link „Impressum“ abrufbar.

Auch im Angebot der von Deutschlandradio verantworteten Internetseite für Kinder „kakadu.de“ hatte bisher keine Datenschutzerklärung bestanden. In Zusammenarbeit mit der zuständigen Redaktion haben wir eine möglichst kindgerechte Datenschutzerklärung in die Seite eingebunden, die sich - mit dessen Erlaubnis - eng an die Erklärung des Ki.Ka, des Kinderkanals von ARD und ZDF, anlehnt.

7. IT-Studie

Noch vor meinem Amtsantritt ist eine groß angelegte IT-Studie in Auftrag gegeben worden, deren Aufgabe darin bestand, die bestehenden Strukturen im IT-Bereich zu analysieren und Verbesserungsvorschläge zu machen. Das Ergebnis liegt seit dem Herbst 2004 vor. Teile der von der Studie gemachten Vorschläge sollen nun in Form organisatorischer Veränderungen umgesetzt werden. Das betrifft insbesondere den Aufbau einer klareren und vor allem funkhausübergreifende Verantwortungsstruktur, die es hoffentlich erleichtert, bei auftretenden Problemen den zutreffenden Ansprechpartner zu finden. Klarere Strukturen kommen auch der IT-Sicherheit zu Gute.

8. timeBase

Im Berliner Funkhaus wird seit Ende der 90er Jahre ein Dispositionsprogramm namens timeBase verwendet. Über seine Nutzung ist eine Dienstvereinbarung abgeschlossen worden, die auch Berechtigungskonzepte u.ä. beinhaltet. In der Folgezeit ist das Programm auf mir unbekannten Wegen in verschiedene andere Bereiche auch des Kölner Funkhauses „eingesickert“, ohne dass es, was seinen Nutzungsumfang, Berechtigungskonzepte und damit verarbeitete personenbezogene Daten angeht, zu irgend einer Abstimmung mit mir oder auch dem Personalrat gekommen wäre. Auch

nach von mir unternommenen Nachforschungen konnte ein Gesamtverantwortlicher, der zentral Auskunft zu Art und Umfang der Nutzung, über Berechtigungen und die nutzenden Personen usw. hätte geben können, nicht ermittelt werden. In mühsamen Umfragen in Bereichen, in denen das Programm (möglicherweise) genutzt wird, wird derzeit versucht, ein Gesamtbild zu ermitteln, das dann auch die Anpassung der Dienstvereinbarung an die tatsächlichen Nutzungsverhältnisse ermöglicht.

Die geschilderte Situation ist in keiner Weise hinzunehmen. Es kann nicht angehen, dass sich ein System, mit dem personenbezogene Daten verarbeitet werden, im Unternehmen ausbreitet, ohne dass es einen zentralen Verantwortlichen gibt, bei dem die entsprechenden Informationen zusammenlaufen und der jederzeit geordnet darüber Auskunft geben kann, von wem das Programm, mit welchen Berechtigungen und welchen Funktionen genutzt wird, oder eine solche Person jedenfalls nicht auffindbar ist. Dass der Datenschutzbeauftragte in einer solchen Lage seinen Prüfungspflichten nicht gerecht werden kann, bedarf keiner näheren Erläuterung.

E. Datenschutz bei der GEZ

Die GEZ ist eine Gemeinschaftseinrichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik und hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie ist mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Teilnehmerdaten von mehr als 35 Mio. Rundfunkteilnehmern betraut.

In Fragen des Datenschutzes beim Gebühreneinzug ist der jeweilige Rundfunkdatenschutzbeauftragte der Landesrundfunkanstalt zuständig, in deren Sendegebiet der betreffende Teilnehmer seinen Sitz hat. In den Ländern Brandenburg, Berlin, Hessen und Bremen ist der jeweilige Landesdatenschutzbeauftragte zuständig. Deutschlandradio selbst betreibt - wie das ZDF - keinen Gebühreneinzug. Diese Aufgabe haben allein die Landesrundfunkanstalten inne. Insofern besteht auch keine Zuständigkeit des Datenschutzbeauftragten des Deutschlandradio für die Daten der Rundfunkteilnehmer. Die betriebliche Datenschutzbeauftragte der GEZ ist jedoch Mitglied im Arbeitskreis der Datenschutzbeauftragten von ARD, ZDF und Deutschlandradio (AK DSB) und steht im ständigen Kontakt mit den Rundfunkdatenschutzbeauftragten. Die

zahlreichen sich aus dem Gebühreneinzug ergebenden Fragen sind wesentlicher Teil der Beratungen innerhalb des AK DSB.

F. Informationsaustausch

I. KIT-Sitzungen

Im Berichtszeitraum habe ich regelmäßig an den Sitzungen der Koordinierungsgruppe innovative Techniken (KIT) teilgenommen. Dies ist ein internes Gremium, das durch die Rahmendienstvereinbarung zur Einführung innovativer Techniken errichtet wurde und der Abstimmung zwischen Geschäftsleitung und Personalrat bei Einführung oder Änderung von Datenverarbeitungssystemen dient. Die Treffen bieten auch für den Datenschutzbeauftragten, der ein Recht zur Teilnahme hat, die Möglichkeit, sich rechtzeitig über neu einzuführende Technologien zu informieren, die unter Umständen auch datenschutzrechtliche Bedeutung haben können. Es kann dadurch sichergestellt werden, dass frühzeitig datenschutzrechtliche Belange berücksichtigt werden können.

Trotz entsprechender Bitten in der Vergangenheit sind mir allerdings nicht in jedem Fall alle notwendigen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden.

II. AK-DSB

Im Berichtszeitraum habe ich weiterhin regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises des Datenschutzbeauftragten der Rundfunkanstalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio teilgenommen. Es stellt dies ein wichtiges Forum zum Austausch von Meinungen und Informationen über Vorgänge dar, die alle Rundfunkanstalten betreffen oder die jedenfalls auch für andere Rundfunkanstalten von Interesse sind, weil sich dort vergleichbare Problemstellungen ergeben.

Themen der Sitzungen im Berichtszeitraum waren unter anderem:

- Aufgaben und Stellung der Rundfunkdatenschutzbeauftragten
- Direct-Mailing Maßnahmen der GEZ
- Messungen von Onlinenutzung

- Online-Abfragen durch Gebührenbeauftragte (BDONAB)
- Erwerb von Adressmaterial durch GEZ
- Neuordnung der Rundfunkfinanzierung
- IT-Sicherheit
- digitale Bemusterungsverfahren
- Information über aktuelle technische Entwicklungen wie RFID oder DRM

III. Art. 29-Gruppe

Artikel 29 der EG-Datenschutzrichtlinie sieht die Einsetzung einer Europäischen Datenschutzgruppe vor, welche aus Vertretern der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU besteht.. Sie soll zu einer einheitlichen Anwendung der Datenschutzrichtlinie in den EU-Staaten beitragen und generell die Kommission beraten. Der sog. Art. 29-Gruppe sitzt seit dem Jahr 2004 der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar vor. Bei der des Sitzung des AK-DSB in Bonn im Herbst 2004 war Herr Schaar zu Gast beim Arbeitskreis. Seit Ende 2001 ist auch ein Vertreter des AK-DSB an der Arbeit der Art. 29-Gruppe beteiligt. Es handelt sich dabei um den Datenschutzbeauftragten des NDR, Herrn Maximilian Merten. Durch seine Beteiligung kann eine regelmäßige Information auch des Arbeitskreises über sich erst anbahnende Entwicklungen und Meinungsbildungen auf europäischer Ebene gesichert werden.

G. Schlussbemerkungen

Der Bericht zeigt, dass im Berichtszeitraum kein Anlass zu förmlichen Beanstandungen im Sinne des § 18 Abs. 5 DLR-StV bestand. Wie schon im letzten Bericht angemerkt wurde, ist das der grundsätzlichen Sensibilisierung für datenschutzrechtliche Fragen in vielen Bereichen des Hauses zu danken aber auch dem Umstand, dass der Personalrat des Deutschlandradio dem Datenschutz - aus seiner eigenen Interessenlage heraus - besondere Aufmerksamkeit widmet und ihm dadurch zusätzliches Gewicht verleiht.

Dennoch sind in Teilbereichen kritikwürdige Vorkommnisse insbesondere in der rechtzeitigen Information und Einbindung des Datenschutzbeauftragten festzustellen, wie sie im Bericht erwähnt sind.

Es besteht aber auch Anlass zu zwei grundsätzlichen Anmerkungen:

Ich nehme das Amt des Datenschutzbeauftragten bekanntlich „ehrenamtlich“ neben meiner eigentlichen Tätigkeit im Justitiariat wahr. Die Aufmerksamkeit, die dem Datenschutz bei der Körperschaft zuteil werden kann, ist daher zwangsläufig geringer als in anderen Rundfunkanstalten. Seit Herbst 2004 ist zu meinen bisher bestehenden Aufgaben noch die Zuständigkeit für Versicherungen hinzugekommen. Das betrifft die Bearbeitung aller im Haus auftretender Schadensfälle und auch das Vertragsmanagement. Hieraus ergibt sich eine spürbare Mehrbelastung, die in vielen Fällen mit nicht aufschiebbaren Tätigkeiten verbunden ist. Die Zeit, die für die Erfüllung der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten zur Verfügung steht, hat sich dadurch weiter reduziert, so dass dem Datenschutz bei Deutschlandradio nicht mehr der Raum zukommt, der ihm gebührt. Eine sachgerechte Erfüllung der dem Datenschutzbeauftragten durch den Staatsvertrag zugeschriebenen Aufgaben kann unter den derzeitigen Umständen nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet werden.

Allgemein bleibt es bei der Beobachtung aus dem letzten Bericht, dass Belange des Datenschutzes nicht allenthalben für berechtigte Anliegen gehalten werden. Sie sind aber mehr als Anliegen: Sie sind rechtliche Verpflichtungen. Datenschutz ist nicht bloß ein bürokratisches Hemmnis, sondern leitet sich unmittelbar aus Kerngewährleistungen des Grundgesetzes ab und stellt einen wichtigen Wert auf dem „Freiheitskonto“ des Einzelnen dar. Dies gilt auch in einer Rundfunkanstalt. In dem Bereich, in dem hier aus Verfassungsgründen Einschränkungen der sonst geltenden

datenschutzrechtlichen Regeln erforderlich sind - dem journalistischen Bereich -, sind diese durch das Medienprivileg gewährleistet. Darüber hinaus unterscheidet sich eine Rundfunkanstalt, was die Pflicht zur Erfüllung datenschutzrechtlicher Vorschriften angeht, nicht von anderen Unternehmen.

Köln, 17.10.2005

Dr. Stefan Frank